



**„Die Unionsparteien haben sich mit ihren zentralen Themen durchgesetzt.“**

**#Koalitionsvertrag**

**Webels Woche**



**Ausgabe 64 / 08.02.2018**

**Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Sachsen-Anhalt,**

seit Mittwoch liegt nun endlich ein Koalitionsvertrag vor. Wir haben lange genug darauf warten müssen. Aktuelle Umfragen zeigen eine wachsende Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger über die schleppende Regierungsbildung in Berlin. Vor allem die SPD scheint wegen ihres Zick-Zack-Kurses immer stärker an Zustimmung zu verlieren. Ich bin zuversichtlich, dass sich dieses negative Stimmungsbild drehen wird, wenn die Verhandlungsergebnisse in ihrer Breite wahrgenommen werden. Wie immer bei Koalitionsverhandlungen gibt es Punkte, die wenig Beifall finden. Dazu zählt für viele CDU-Mitglieder die Besetzung des Finanzministeriums durch die SPD – eine Situation, die wir bereits aus Großen Koalitionen im Bund und in Sachsen-Anhalt kennen und die am Ende den Sozialdemokraten immer mehr Probleme bereitet hat als uns. Auf der anderen Seite wird die CDU zum ersten Mal seit Ludwig Erhard wieder den Wirtschaftsminister stellen. Darüber hinaus hätte ich mir auch mehr Ostdeutsche in der Regierung gewünscht. Dennoch gibt es viele gute Gründe, dem Koalitionsvertrag zuzustimmen. Denn es wurde viel von dem verankert, wofür wir im Wahlkampf geworben haben. Die Unionsparteien haben sich mit ihren zentralen Themen durchgesetzt.

Die neue Regierung wird die Schulden senken, die Steuern nicht erhöhen und trotzdem so viel investieren wie keine Regierung zuvor: in Bildung, in Infrastruktur und in den Breitbandausbau. Die arbeitende Mitte wird spürbar entlastet und der ländliche Raum gestärkt – auch durch ein Landwirtschaftsministerium, das wieder in CDU-Hand kommt. Für besonders wichtig halte ich die deutliche Verbesserung der Situation pflegebedürftiger Menschen, die Ausweitung der Mütterrente und die Einführung eines Baukindergelds. Das setzt die richtigen Signale für eine generationengerechten Entwicklung, für die wir als Volkspartei in besonderer Verantwortung stehen. Und auch bei dem wichtigen Thema der Zuwanderung trägt der Koalitionsvertrag unverkennbar die Handschrift der Unionsparteien. Die Zuwanderung wird klar begrenzt und gesteuert. Wie im Koalitionsvertrag von Sachsen-Anhalt wurde eine klare Obergrenze verankert, die auf die realen Möglichkeiten zur Integration Rücksicht nimmt.

Nun gilt es, den Weg für eine handlungsfähige und stabile Regierung frei zu machen. Die SPD wird dazu ihre Mitglieder befragen. Neben den bestehenden verfassungsrechtlichen Bedenken über dieses Vorgehen ist es für mich diskussionswürdig, dass ein erheblicher Teil der Stimmberechtigten nicht einmal die deutsche Staatsbürgerschaft hat. Am Ende wird der Koalitionsvertrag hoffentlich eine Mehrheit der SPD-Mitglieder überzeugen. Allen muss klar sein, dass bei einem Veto der Basis die Selbstzerstörung der Partei nicht nur ungebremst weiter gehen, sondern noch an Fahrt gewinnen würde. Allen Genossen, die eine Erneuerung ihrer Partei in der Opposition befürworten, sei ein Blick nach Bayern empfohlen. Dort versucht die SPD genau das seit mittlerweile über 60 Jahren – mit immer weiter sinkenden Ergebnissen.

Der von Martin Schulz angekündigte Abschied aus der Parteispitze ist bemerkenswert und zeigt einmal mehr die eigentlichen Probleme der Sozialdemokraten. Wie sein unmittelbarer Vorgänger Sigmar Gabriel will sich Schulz als gescheiterter Parteichef in das Außenamt retten. Es bleibt abzuwarten, ob die Partei, die ihn vor noch nicht einmal einem Jahr als Hoffnungsträger einstimmig ins Amt gehoben hat, diesen Schritt akzeptieren wird. Es bleibt auch abzuwarten, wie die Wählerinnen und Wähler die ständigen Wechsel an der Parteispitze bewerten. Andrea Nahles wird die vierzehnte Parteivorsitzende der SPD seit 1990 sein – die CDU hatte in dieser Zeit drei. Insofern setzt die SPD seit vielen Jahren zumindest personell auf permanente Erneuerung. Das hat sich in den Wahlergebnissen auch deutlich niedergeschlagen. Für uns sollte deshalb immer klar sein: die Wählerinnen und Wähler schätzen Verantwortungsbereitschaft und Geschlossenheit mehr als Streit und Selbstbeschäftigung.

**Herzliche Grüße**

Ihr

**Thomas Webel**  
Landesvorsitzender



[www.cdulsa.de](http://www.cdulsa.de)

